Neue »Meldestelle Antifeminismus«

Schöner petzen mit den Grünen

Eine Kolumne von ***René Pfister***

Die grüne Familienministerin fördert eine Stiftung, bei der man »Antifeminismus« melden kann. Denken Sie ab sofort also lieber zweimal nach, bevor Sie Gendersterne oder Initiativen der Ministerin kritisieren.

12.02.2023, 10.05 Uhr

Artikel zum Hören • 8 Min

Grünenpolitikerin Paus Foto: Clemens Bilan / EPA

Stellen Sie sich vor, eine Stiftung, die von einer ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeiterin (IM) der DDR-Stasi gegründet worden ist, eröffnet eine Website, auf der man politisch unzuverlässige Menschen und Meinungen melden kann. Die Stiftung wiederum bekommt staatliche Subventionen aus einem Bundesministerium, das aus politischen Gründen ein Interesse daran haben könnte, bestimmte Meinungen an den Pranger zu stellen, um seine Ministeriumsprojekte durchzusetzen.
Unmöglich, sagen Sie? Nicht in Deutschland?

Dann empfehle ich Ihnen einen Besuch auf der Internetseite Antifeminismus-melden.de, die von der Amadeu Antonio Stiftung Anfang Februar freigeschaltet worden ist. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, bei dem Projekt ginge es vor allem darum, Frauen zu helfen, die unter einem gewalttätigen Ehemann oder einem übergriffigen Chef litten. In den Augen der Amadeu Antonio Stiftung sind schon Leute verdächtig, die der Meinung sind, dass ein Mensch mit einem Penis schwerlich eine Frau sein kann.

Zum Autor

René Pfister berichtet seit Sommer 2019 für den SPIEGEL aus den USA. In seinem Buch »Ein falsches Wort« beschreibt er einen Kulturkampf, der nicht nur von Donald Trump und den Republikanern angefeuert wird, sondern auch von einer neuen Ideologie der Linken, die im Namen von Gerechtigkeit und Antidiskriminierung versucht, neue Denk- und Sprachtabus durchzusetzen. Es ist ein Plädoyer für die Verteidigung des offenen und liberalen Diskurses gegen Dogmatiker von links und rechts – auch in Deutschland. Seit Februar 2023 schreibt Pfister alle 14 Tage die Kolumne »Außenansicht« über das Weltgeschehen und seinen Blick auf die deutsche Politik.

»Man kann sagen, dass Antifeminismus eine Ideologie ist, die

»Meldestelle Antifeminismus«, im Gespräch mit der »taz«. Das klingt reichlich akademisch. Praktisch bedeutet es, dass es schon reichen kann, Abtreibungen oder den Genderstern abzulehnen, um auf einer Liste zu landen, die das reaktionäre Deutschland dokumentiert.

Auch Journalisten, die finden, dass das Selbstbestimmungsgesetz der grünen Familienministerin Lisa Paus noch nicht der Weisheit letzter Schluss ist, und sich fragen, ob Menschen, die nach biologischen Merkmalen Männer sind, etwas in Frauenhäusern oder -gefängnissen verloren haben, sind demnach ein Fall für die Meldestelle. Denn sie verbreiteten Verschwörungserzählungen: »Die Annahme, dass cis Männer das Selbstbestimmungsgesetz zur Änderung ihres Geschlechtseintrages nutzen, um Zugang zu Frauenhäusern zu erlangen und dort Gewalt auszuüben, ist absurd«, heißt es in einer Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung.
Was insofern interessant ist, als Schottland gerade ein Gesetz erlassen hat, das es erleichtern soll, den Geschlechtseintrag im Pass zu ändern. Kurz darauf sorgte der Fall der trans Frau Isla Bryson für eine mittlere Regierungskrise, weil diese in ihrem früheren Leben als biologischer Mann zweimal wegen Vergewaltigung verurteilt worden war – und nun den Wunsch hatte, in ein Frauengefängnis verlegt zu werden. Die schottische Premierministerin Nicola Sturgeon lehnte das aus verständlichen Gründen ab. Eine Entscheidung, die Sturgeon in Deutschland zur Kandidatin für die Meldeliste machen würde.

In diesem Milieu gilt es als Gewissheit, dass das Geschlecht nichts mit Biologie zu tun hat.

Es gehört zum Geschäft des politischen Lobbyismus, auch offenkundig Absurdes zu verteidigen, um ans Ziel zu kommen. Wäre ich Chef der deutschen Zuckerlobby, würde

ich auch behaupten, es gebe kaum etwas Gesünderes als einen Schokoriegel zum Frühstück. Die Amadeu Antonio Stiftung hat sich ohne Frage Verdienste im Kampf gegen Rechtsextremismus erworben. Aber in den vergangenen Jahren entwickelte sie sich auch zu einem Allzweckanbieter für die Anliegen des progressiven Milieus. In diesem gilt es als Gewissheit, dass das Geschlecht nichts mit Biologie zu tun hat und es sich keinesfalls auf Mann oder Frau reduzieren lasse. Diese Ansicht wird mit ähnlicher Verve verteidigt wie bei Katholiken die Jungfrauengeburt Marias.
Ich bin selbst Katholik und vollkommen damit einverstanden, dass jeder im Privaten seine Mysterien pflegt. Etwas anderes ist es, wenn eine Organisation wie die Amadeu Antonio Stiftung mit staatlicher Hilfe eine Liste mit Meinungen erstellt, die aus dem öffentlichen Diskurs herausgedrängt werden sollten. Ich lebe seit über drei Jahren in den USA, und wenn Sie mich fragen, hat kaum etwas mehr zum Aufstieg Donald Trumps beigetragen als die fatale Neigung der Linken, jeden zum Rassisten und Sexisten zu erklären, der nicht in ihr Weltbild hineinpasste.

Über der Seite »Antifeminismus melden« könnte auch stehen: »Schöner petzen mit Lisa Paus«. Ihr Bundesministerium fördert die Meldestelle in diesem Jahr mit 150.000 Euro, wobei das Geld zuerst an das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie der grünennahen Heinrich-Böll-Stiftung überwiesen wird. Die Mittel werden offenbar auch dazu gebraucht, von nun an jährlich ein Lagebild über den Antifeminismus zu veröffentlichen.

Ich gehe jede Wette ein, dass der erste Bericht zu dem Ergebnis kommen wird, antifeministisches Denken sei weit in die bürgerliche Mitte eingedrungen, weshalb der Staat entschieden dagegen vorgehen müsse.

Antifeminismus sei nur eine »Einstiegsdroge«, sagt Ans Hartmann. Es ist eine erstaunliche, aber vielleicht nicht unbedingt überraschende Entwicklung, dass man im linken

Lager den offenen Diskurs als eine Art Suchtproblem betrachtet.

Wer jemals auf einem grünen Parteitag war, weiß, in welch hohem Ton dort von der Bedeutung der Meinungsfreiheit gesprochen wird. Die Gesichter der Delegierten werden ernst und sorgenvoll, wenn von der Verfolgung von Journalisten in Diktaturen berichtet wird.

Geht es allerdings darum, Meinungen zu bekämpfen, die nicht im grünen Parteitagsprogramm vorgesehen sind, geht es erstaunlich robust zu. Im Jahr 2017 veröffentliche das Gunda-Werner-Institut der Böll-Stiftung eine Website mit dem Titel »Agent*In«. Es handelte sich um eine Art Onlinelexikon, in dem sich Politiker, Wissenschaftler und Journalisten wiederfanden, die nach Meinung der Stiftung dem geschlechterpolitischen Fortschritt im Wege stehen.

Mehr zum Thema

S+ ***Angriff auf die Meinungsfreiheit: Ein falsches Wort***
Ein Debattenbeitrag von René Pfister

S+ **Streit über geschlechtergerechte Sprache: Hamburger Volksinitiative will Gendern in Behörden abschaffen** Von Ansgar Siemens

S+ **Stanford-Professor über Cancel Culture: »Natürlich muss man aufpassen, was man sagt«** Ein Interview von René Pfister und Maximilian Popp

Um einen Eintrag zu bekommen, genügte es, ein paar launige Texte über Genderprofessuren veröffentlicht zu haben, wie zum Beispiel der »Zeit«-Kolumnist Harald Martenstein. Martenstein, hieß es damals auf der Seite, vertrete »heteronormative Ansichten« – eine Unsitte freilich, die er mit vielen Deutschen teilt und die auch im grünen Milieu nicht gänzlich auszurotten ist, wie man am baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried

Kretschmann sieht, der seit fast 50 Jahren mit seiner Gerlinde verheiratet ist.

Regieren heißt auch, sich die Hände nicht mehr selbst schmutzig machen zu müssen.

Die Website wurde schnell wieder eingestellt, weil die Wörter »Liste« und »politische Gegner« unschöne Assoziationen weckten. »Wir bedauern sehr, dass durch die gewählte Form manche an antidemokratische Methoden erinnert werden, und entschuldigen uns bei denjenigen, die sich möglicherweise persönlich verletzt fühlen«, erklärte der Vorstand der Böll-Stiftung damals.

Inzwischen sind die Grünen im Bund an der Regierung, und das Schöne ist, dass man mit staatlichem Geld jene Organisationen fördern kann, die den politischen Gegner in ein schlechtes Licht rücken. Regieren heißt auch, sich die Hände nicht mehr selbst schmutzig machen zu müssen.

Wer sich fragt, warum es die Grünen so wahnsinnig eilig haben, das sogenannte Demokratiefördergesetz durch den Bundestag zu bringen, findet in der Amadeu Antonio Stiftung eine Antwort. Denn sie gehört zu jenen »zivilgesellschaftlichen Projekten«, die künftig mit insgesamt mit mehreren Hundert Millionen Euro jährlich gefördert werden sollen.

Als das Innen- und das Familienministerium das Gesetz im vergangenen Jahr auf den Weg brachten, sagte Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Antonio Stiftung: »Das ist ein lange überfälliger Schritt, den wir sehr begrüßen.«

ANZEIGE

René Pfister
Ein falsches Wort

Ein SPIEGEL-Buch: Wie eine neue linke Ideologie aus Amerika unsere Meinungsfreiheit bedroht

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt

Seitenzahl: 256

Für 22,00 € kaufen

Bei Amazon bestellen amazon

Bei Thalia bestellen Thalia

Bei Yourbook bestellen yourbook.shop

Produktbesprechungen erfolgen rein redaktionell und unabhängig. Über die sogenannten Affiliate-Links oben erhalten wir beim Kauf in der Regel eine Provision vom Händler. Mehr Informationen dazu hier

Ein Polemiker würde sagen: Es hat eine gewisse Konsequenz, dass ausgerechnet die Amadeu Antonio Stiftung eine Meldestelle eingerichtet hat. Die Stiftung kam auch deshalb zu einer gewissen Berühmtheit, weil im Jahr 2002 herauskam, dass ihre Gründerin Anetta Kahane jahrelang für die Stasi gearbeitet hatte. Nach allem, was man weiß, hat Kahane niemanden wirklich ans Messer geliefert. Und sie war eine sehr junge Frau, als sie sich verpflichtete. Insofern fand ich es immer unfair, wenn der Versuch gemacht wurde, Kahanes Lebensleistung mit ihrer Tätigkeit für die Stasi zu diskreditieren.

Aber eine Stiftung, die über 20 Jahre von einer ehemaligen IM geführt wurde, sollte vielleicht nicht ganz vorn mit dabei sein, wenn es darum geht, sich die deutscheste aller Untugenden zunutze zu machen: die Lust, den Nachbarn und Kollegen anzuschwärzen. S

Diskutieren Sie mit

Feedback

Mehr lesen über

Meinung | Demokratie | Meinungsfreiheit | Rassism

Verwandte Artikel

- **Neues Demokratiefördergesetz: Wie wär's stattdessen mit einem Staat, der funktioniert?**

Kostenlose Online-Spiele

mehr Spiele

uzworträt-sel | Solitaire | Sudoku | Mahjong | Bubt Shoc

Serviceangebote von SPIEGEL-Partnern

Gutscheine

ANZEIGE

Mister Spex Gutscheine

Lampenwelt Gutscheine

Conrad Gutscheine

BELViNi Gutscheine

Top Gutscheine Alle Shops

Auto

Bußgeldrechner
Firmenwagenrechner

Job

Brutto-Netto-Rechner
Jobsuche
Kurzarbeitergeld-Rechner
Studienfächer erklärt

Finanzen

Gehaltsvergleich
Immobilienbewertung
Studium und Finanzen
Versicherungen
Währungsrechner

Freizeit

Bücher bestellen
Eurojackpot
Ferientermine
GlücksSpirale
Gutscheine
LOTTO 6aus49
Seniorenportal
Spiele
Das tägliche Quiz

Alle Magazine des SPIEGEL

DER SPIEGEL SPIEGEL CHRONIK SPIEGEL GESCHICHTE SPI COA

SPIEGEL Gruppe

Abo Abo kündigen Shop manager magazin

Harvard Business manager buchreport Werbung Jobs MANUFAKTUR

SPIEGEL Akademie SPIEGEL Ed

Impressum Datenschutz Nutzungsbedingungen Cookies & Tracking

Newsletter Kontakt Hilfe Text- & Nutzungsrechte

Facebook Twitter Wo Sie uns noch folgen können